

## EU treibt Euribor-Fall voran

### Brüssel belastet drei Banken

21. Mai 2014

Ht. Brüssel · Die EU-Kommission treibt das Verfahren gegen ein Kartell zur Manipulation des Referenzzinssatzes Euribor voran: Laut eigenen Angaben vom Dienstag hat sie dem französischen Crédit Agricole, der britischen HSBC und der US-amerikanischen JP Morgan sogenannte Beschwerdepunkte, eine Art Anklageschrift, zugestellt. Sie hat die drei Banken in Verdacht, sich an den Absprachen beteiligt zu haben, mit denen die Preisgestaltung von Zinsderivaten in Euro verzerrt worden ist. Der Wert dieser Derivate wird auf Basis von Referenzzinssätzen wie der Euro Interbank Offered Rate (Euribor) ermittelt.

Der Schritt ist Teil umfassenderer Untersuchungen über Kartelle im Finanzsektor. In deren bisherigem Verlauf hat die Kommission im Dezember gegen sechs Banken Bussen von insgesamt 1,71 Mrd. € verhängt; zwei weitere Institute – die Schweizer UBS und die britische Barclays – kamen damals als Kronzeugen ohne Busse davon. Dabei ging es zum einen um ein Kartell in Bezug auf Zinsderivate in Euro (Euribor-Fall), zum andern um eines bezüglich Zinsderivaten in Yen vor allem auf Basis des Referenzzinssatzes Libor (Libor-Fall). Im Euribor-Fall wurden die Deutsche Bank, die Société Générale und die RBS mit insgesamt 1,04 Mrd. € gebüsst. Alle diese Banken hatten in einen Vergleich eingewilligt, in dessen Rahmen sie den Verstoss gegen das Kartellrecht einräumten und im Gegenzug eine Ermässigung der Busse um 10% erhielten.

Crédit Agricole, HSBC und JP Morgan hingegen, gegen die Brüssel im Euribor-Fall ebenfalls ermittelte, lehnten eine Teilnahme am Vergleich ab (während JP Morgan beim Libor-Vergleich mitmachte). Deshalb setzte die Kommission die Euribor-Untersuchung gegen diese drei Institute fort. Jetzt ist sie zum vorläufigen Schluss gekommen, dass auch diese an den Absprachen beteiligt waren und damit das EU-Kartellrecht verletzt haben. Im nächsten Schritt können die drei Konzerne zu den Vorwürfen schriftlich Stellung nehmen und eine mündliche Anhörung verlangen. Bestätigt der weitere Verlauf des Verfahrens indessen ihre Teilnahme am Kartell, drohen auch ihnen hohe Bussen: Dies wäre ein «sehr schwerer» Verstoss und die Kommission würde Sanktionen verhängen, sagte der EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia am Dienstag. Er hielt ferner fest, dass Brüssel parallel zu diesem Fall die Libor-Untersuchung gegen den Broker Icap weiterführe, der sich im Dezember nicht am Libor-Vergleich beteiligt hat. Ausserdem prüfe man weiterhin den Markt für Zinsderivate in Schweizerfranken, den Devisen-Spotmarkt und mögliche Absprachen bezüglich Referenzzinssätzen für Öl und Biotreibstoffe.